

trieren sich die Analysen auf das Verhältnis von Partei (Prinzipal) zur exekutiven Führung (Agent), obwohl die Theorie für das allgemeine Verhältnis von Parteibasis (Prinzipal) und Parteiführung (Agent) entwickelt wird. Dies ist auch deshalb problematisch, da der Outsider-Insider Kontrast gerade anhand von Parteiführungspositionen bestimmt wird, ohne zu hinterfragen, ob sich diese Positionen zwischen den Systemen nicht ähnlich unterscheiden.

Auch werden fast ausschließlich Regierungsparteien bzw. Parteien, die an präsidentiellen Wahlen teilnehmen, betrachtet. Hier wäre es interessant gewesen, zu erfahren, wie stark andere Parteien in nicht parlamentarischen Systemen präsidentialisiert werden. Eine Berücksichtigung dieser Parteien könnte auch einer eventuellen Überinterpretation der Ergebnisse entgegenwirken. Beispielsweise wird in Kapitel 5 die unterschiedliche Wählerbasis zwischen Präsidenten und ihrer legislativen Partei untersucht, ohne zu berücksichtigen, ob sich die Anzahl der zur Wahl stehenden Alternativen zwischen diesen Wahlen unterscheidet.

Trotzdem überzeugt das Buch theoretisch und empirisch und wird sicherlich einen wichtigen Bezugspunkt für die zukünftige Parteienforschung darstellen.

Johannes Freudenreich

POLITISCHE SOZIOLOGIE

Nachtwey, Oliver. *Marktsozialdemokratie: Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. 335 Seiten. 34,90 €.

Walter, Franz. *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. Frankfurt a.M.. Suhrkamp 2010. 142 Seiten. 12 €.

Lessenich, Stephan. *Die Neuerfindung des Sozialen: Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld. Transcript 2008. 172 Seiten. 18,80 €.

„Erosion der Volksparteien“, „Schleifung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements“, „Entfesselung der Finanzmärkte“, usw., usf. – wirft man einen Blick auf die letzten zwei bis drei Jahrzehnte der Diskussion europäischer und vor allem deutscher (Partei-)Politik, fällt es schwer, sich des Eindrucks zu erwehren, dass diese vor dem Hintergrund der Diagnose einer generellen Krise der Sozialdemokratie geführt worden ist. Diesem relativ breiten Themenkomplex widmen sich die drei Veröffentlichungen mit der Gemeinsamkeit eines prinzipiell kritischen Impetus, jedoch aus jeweils unterschiedlicher Perspektive.

In seiner vergleichenden Betrachtung des Wandels sozialdemokratischer Politik in Deutschland und dem Vereinigten Königreich operiert *Oliver Nachtwey* unter dem Label der institutionalistischen Parteiensoziologie an der Schnittstelle von (historischer) Soziologie, Politikwissenschaft und Sozialökonomik. Seine Fragestellung richtet sich hierbei auf die der Gestaltung politischer Programme zu Grunde liegenden Gerechtigkeitsparadigmen. In einem umfassenden historisch orientierten Teil rekonstruiert der Autor die ethischen Grundlagen parteipolitischer Orientierungen aus dem Fabianismus im Falle der Labour Party sowie dem Hilferding-Marxismus im Falle der SPD (68). Im Zuge einer weit greifenden Modernisierung im Verlauf des 20.

Jahrhunderts wurden diese Grundorientierungen einer Transformation unterzogen, die der Rezeption veränderter Umwelanforderungen sowie den Ergebnissen interner Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Fraktionen entsprach. Teilten nach dem Ersten Weltkrieg noch beide Parteien das Ziel einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel, nahm die Bedeutung marxistischer Politikelemente vor dem Hintergrund der Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu Gunsten einer stärker keynesianischen Orientierung ab. Trotz grundsätzlich unterschiedlicher ideologischer Prägung und institutioneller Einbettung lässt sich hier mit dem Einfluss nationaler Gewerkschaften auf die Gestaltung parteipolitischer Entscheidungen eine Gemeinsamkeit identifizieren, welche die Entwicklung beider Parteien auch in den darauf folgenden Jahrzehnten maßgeblich prägen sollte. Die Neuordnung der politischen Verhältnisse im Nachkriegseuropa nach 1945 brachte für beide Parteien den Eintritt in eine sozial-ökonomische Epoche mit sich, die sich durch eine weitreichende Einfriedung des Klassenkonfliktes auszeichnet. So lässt sich der Ausbau des wohlfahrtsstaatlichen Leistungsapparates in beiden nationalen Settings einerseits als Zugeständnis an die jeweilige Arbeiterschaft verstehen. Andererseits diagnostiziert der Autor hier in beiden Fällen auch eine grundsätzliche „strategische Ambivalenz“ (107) dieser sozialpolitischen Expansion: So würden die kollektive Formulierung von Klasseninteressen in Form von Staatsbürgerrechten in die Programmatik sozialdemokratischer Politik integriert. Das „marxistische Erbe“ lebte hier besonders im Falle Großbritanniens etwa in der Verstaatlichung relevanter

Schlüsselindustrien fort, welche allerdings in den 1980er Jahren durch die Thatcher-Regierung maßgeblich zurückgenommen werden sollten. In der umfangreich-vergleichenden Darstellung der Geschichte beider Parteien und ihrer Politik erläutert der Autor den Wendepunkt-Charakter wirtschaftlicher Folgen der Ölkrise des Jahres 1973: Während sich diese in Deutschland vor allem in Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung durch ein Zurückfahren wohlfahrtsstaatlicher Leistungen (160) äußerten, fanden sie ihre Erscheinung im Falle der Labour Party in einem unternehmerfreundlicheren Kurs. Dass dieser seine keynesianischen Konturen allerdings nicht vollends verlor, zeigt sich etwa an der anti-zyklischen Ausrichtung verschiedener Interventionen zur Rettung unwirtschaftlicher Unternehmen. Wenige Jahre nach dem Kurswechsel in Deutschland identifiziert *Nachtwey* den „Scheitelpunkt wohlfahrtsstaatlicher Expansion“ (167) in Großbritannien im Jahre 1977 vor dem Hintergrund eines jeweils ähnlichen Zusammenspiels von ökonomischer Rezession, Inflation und Finanzkrise des Wohlfahrtsstaats. Das Ende dieses „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ markiert der Einzug neoliberaler Elemente in die Gestaltung wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen in beiden Ländern gleichermaßen: Diese Neuorientierung wird von *Nachtwey* auf die Wechselwirkung sieben zusammenwirkender Axiome als Grundlage neuartiger Politikgestaltung zurückgeführt (182). Während die entsprechende Transformation der Partei-Agenda auf Seiten der Briten bereits Bestandteil des Wahlkampfes war, an dessen Ende sie Mitte der 1990er Jahre als Regierungspartei in Erscheinung treten

konnte, erneuerte die SPD ihre Programmatik erst, nachdem sie die Macht übernommen hatte. Während also hinsichtlich des Einschlagens des *Dritten Weges* Ungleichzeitigkeiten auszumachen sind, erkennt der Autor gleichzeitig eine bestimmte Antizipation der Auswirkungen fortschreitender Globalisierungsentwicklungen, aus denen sich für die Akteure die Notwendigkeit zu einer Anpassung von Wirtschafts- und Sozialpolitik an die neuen Rahmenbedingungen internationaler Staatenkonkurrenz ergab. Die Verschiebung des Gerechtigkeitsverständnisses in der sozialdemokratischen Programmatik geschieht für *Nachtwey* also im Zusammenhang mit einer „neuen Konstellation im Kapitalismus“ (276). Dies auf anschauliche Weise zu verdeutlichen, gelingt ihm vor allem durch den umfangreichen historischen Rekurs. Neben ihrer kritisch-scharfsinnigen Analyse und ihrer argumentativen Stringenz lässt ein gut lesbarer Stil *Nachtweys* umfangreiche Studie als hochwertigen Beitrag zur aktuellen politischen und wissenschaftlichen Diskussion erscheinen.

Einen geschichtlich weniger weit zurückreichenden Bogen spannt *Franz Walter* in seinem Text, der die Politik der SPD betrachtet. Über die Erosion sozialdemokratischer Milieus durch die Auflösung ihrer materialistischen Grundlage im Postfordismus und durch die kulturelle Individualisierung bis hin zur Krise des Keynesianismus (Stagflation, ideologische Hegemonie eines neuen Individualismus) beschreibt er im ersten Teil des Buches die Krisengeschichte der SPD, deren Beginn er im Jahr 1973 identifiziert. Eine „angebotsorientierten Agenda“ (49) des *Dritten Weges* markiere – so *Walter* – die Neuorientierung sozialde-

mokratischer Politik. Besonders hervorsteicht der Text durch seine kontextuelle Betrachtung der deutschen SPD-Politik im kontinentalen Rahmen. So setzt sich der Autor im fünften Kapitel umfangreich mit den Entwicklungen in anderen europäischen Staaten auseinander und zeigt Parallelen und Ungleichzeitigkeiten anhand demoskopischer und sozialstruktureller Entwicklungen auf. Ein interessanter Aspekt der Analyse findet sich in einer Auseinandersetzung mit der Zusammensetzung sozialdemokratischer Klientel in der BRD. So sieht er in der SPD der späten 1990er Jahre eine „Honoratiorenpartei der durch den Sozialstaat beförderten Aufsteiger“ (102). Die Transformation der ethischen Fundamente sozialdemokratischer Politik läge demnach nicht zuletzt in einem grundsätzlichen Sinneswandel ihres Führungspersonals begründet. Reflexionen über die neue Rolle der SPD im Fünf-Parteien-System runden die Betrachtung unter Einbeziehung aktueller Entwicklungen ab. Besonders die Rolle neuer politischer Lager erscheint für den Autor hierbei von Interesse: In einem Exkurs über die neue Linke der BRD lotet *Walter* die sich (möglicherweise) aus dieser Verschiebung der politischen Konstellation ergebende Implikationen aus, die sich für die Gestaltung der SPD-Programmatik ergeben könnten. Während *Walters* gewohnt angenehmer Schreibstil, wie in seinen Veröffentlichungen üblich, eher dem des Kulturjournalisten als dem des Sozialwissenschaftlers nahekam, würden an einigen Stellen Vertiefungen (und Belege!) eine wichtige Ergänzung darstellen. So gelingt es dem Autor beispielsweise, fünf Grundlinien neoliberaler Kritik am sozialdemokratischen Modell der 1970er Jahre

herauszuarbeiten (37f.). Diese aufmerksame und differenzierte Darstellung büßt jedoch einiges an Wert ein, da sie – wenigstens im Text – nicht auf einem Fundament solider Quellenangaben beruht. Ähnliches gilt für seine Kritik sozialdemokratischer Top-Down-Rigiditäten, welche ihm zu Folge mit Hilfe direktdemokratischer ad-hoc-Maßnahmen legitimiert wurden (74).

Eine Mischung aus Einführungstext und weiterführender Theorieinnovation stellt die Veröffentlichung von *Stephan Lessenich* dar. So widmen sich die ersten beiden Kapiteln einer systematisierenden Darstellung der Ergebnisse soziologischer Grundlagenforschung zum Thema Sozialpolitik, welche einerseits durch die Vorstellung „fünf soziologischen Wesensbestimmungen des Sozialstaats“ (19-35) und andererseits durch eine Herausarbeitung von vier unterschiedlichen Erklärungsansätzen zur Herausbildung sozialstaatlicher Arrangements geleistet wird. Indem auch *Lessenich* seine historischen Ausführungen im Wesentlichen auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts beschränkt, wird der Schwerpunkt hier vor allem auf den Übergang vom „goldenen Zeitalter des Sozialstaats“ (61) in eine neue wirtschaftliche wie gesellschaftliche Konstellation gelegt. Zeitdiagnostische Verweise auf eine breite Neoliberalisierung staatlich induzierter Politik verfehlten daher den Kern der Sache: Vielmehr handele es sich um einen Formwandel staatlicher Intervention, die sich auf eine zunehmende Aktivierung individueller Leistungspotenziale richte (14). Die von *Lessenich* identifizierte *Neuerfindung des Sozialen* bezeichnet daher eine „Neujustierung von privaten und öffentlichen Verantwortlichkeiten, die

Umdeutung von Bürgerrechten und -pflichten, die Reformulierung gesellschaftlicher Leistungs- und Produktivitätserwartungen“ (17). Als Ziel dieses neuen Regierungsmodus identifiziert der Autor einen Übergang vom kollektiven zu individuellen Risikomanagement (82). Die Hinzuziehung vergleichsweise unkonventioneller Literatur, wie z.B. der Schriften von Foucault, stellt eine nützliche Perspektiverweiterung in einem Wissenschaftsfeld dar, das sich normalerweise durch eine vorwiegend sozialökonomische Orientierung auszeichnet. So erlaubt die Rezeption philosophischer und kulturtheoretischer Ansätze die Herausarbeitung spezifischer Regulationsdispositive im Feld der Sozialpolitik, welche die neue Konstitutionslogiken individueller Verantwortung nahe legten. Beispielhaft werden hier die von der Bundesregierung induzierte Kampagne „Fit statt Fett“ sowie eine sich gesellschaftlich zunehmend verbreitende Idealvorstellung „aktiven Alterns“ angeführt und analysiert. *Lessenichs* ebenfalls sehr kritisch ausfallende Studie besticht neben der gelungenen Symbiose inhaltlicher Komplexität und didaktischer Zugänglichkeit vor allem durch die innovative Hinzuziehung relevanter Literatur aus der Gouvernementalitätsforschung und der Subjekttheorie.

Eine zusammenfassende Betrachtung führt zu einem durchweg positiven Urteil über die besprochenen Titel: Ein interessanter, allerdings nicht vordergründig inhaltlicher Zusammenhang zwischen den drei Arbeiten erschloss sich dem Rezensenten bei der Lektüre des Vorwortes von *Nachtwey*: So handelt es sich bei seiner Veröffentlichung um den Text seiner Dissertation, die als Qualifikationsarbeit von den beiden anderen Autoren betreut wurde. Alle

drei widmen sich einem so aktuellen wie brisanten Themenkomplex mit jeweils unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Während *Nachtwey* eine historisch-vergleichende Betrachtung parteipolitischer Entscheidungen unter bestimmten institutionellen Bedingungen zum Ausgangspunkt einer Herausarbeitung grundsätzlicher Gerechtigkeitskonzepte macht, liegt der Fokus *Walters* eher auf rezenten parteipolitischen Entwicklungen. Dass der Wandel sozialstruktureller Faktoren hier eine etwas weniger prominente Berücksichtigung findet, scheint dem geringeren Gesamtumfang der Publikation geschuldet. *Lessenich* schließlich stellt mit seiner Analyse des flexiblen Sozialstaats aus subjekttheoretischer Sicht eine innovative und scharfsinnige Kritik moderner Subjektivierungsformen unter den sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen vor. Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der Berücksichtigung von Globalisierungsentwicklungen auf die Gestaltung sozialdemokratischer Politik. Während die Auseinandersetzung mit diesem Aspekt bei *Walter* und *Lessenich* vergleichsweise knapp ausfällt, stellt die Rekonstruktion sozialdemokratischer Sichtweisen auf die Implikationen einer fortschreitenden Internationalisierung der Märkte einen wesentlichen Teil der Arbeit von *Nachtwey* dar. Wie bereits angemerkt, zeichnen sich vor allem die Texte von *Walter* und *Lessenich* durch einen literarischen Schreibstil aus, der nicht nur die Informationsaufnahme erleichtert: Es macht tatsächlich Spaß, sie zu lesen.

Martin Seeliger

POLITISCHE ÖKONOMIE

Douglass, C. North, John Joseph Wallis und Barry R Weingast. *Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. Cambridge. Cambridge University Press 2009. 308 Seiten. 19,95 €.

Douglass North, John Wallis und *Barry Weingast* haben mit ihrer Monographie „Violence and Social Orders“ einen ambitionierten Beitrag zur institutionentheoretisch fundierten Analyse wirtschaftlicher Entwicklung vorgelegt. Dabei wählen sie eine transdisziplinäre Perspektive, die institutionenökonomische und pluralismustheoretische Argumente miteinander verbindet, und sich damit im analytischen Feld der politischen Ökonomie positioniert. Mit der Fragestellung nach den institutionellen Bestimmungsgründen langfristigen Wirtschaftswachstums knüpfen *North, Wallis* und *Weingast* an ein Forschungsprogramm an, das von *North* bereits in den 1970er Jahren mit der Arbeit „How the West Grew Rich“ umrissen wurde. Dort stand die Rolle von Eigentumsrechten im Mittelpunkt eines paradigmatischen Ansatzes, den *North* zu einer Transaktionskostentheorie wirtschaftlicher Entwicklung ausbaute. *North* und *Weingast* haben diese Überlegungen weitergeführt, indem sie die Lösung des Problems der glaubhaften Selbstverpflichtung als Voraussetzung marktwirtschaftlicher Prosperität identifizierten. Der potentielle Konflikt zwischen staatlichem Gewaltmonopol und der Garantie privater Eigentumsrechte lässt sich über Verfassungsnormen lösen, so dass dem politischen System eine entscheidende